

# TECHNISCHE UNIVERSITÄT CHEMNITZ

Fritz Helmedag

**Fiskalpolitische Determinanten des  
Volkseinkommens, der Gewinne  
und der Beschäftigung**

WWDP 74/2006

ISSN 1618-1352



TECHNISCHE UNIVERSITÄT  
CHEMNITZ

**FAKULTÄT  
FÜR  
WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN**

**Impressum:****Herausgeber:**

Der Dekan der  
Fakultät für Wirtschaftswissenschaften  
an der Technischen Universität Chemnitz

**Sitz:**

Reichenhainer Str. 39  
09126 Chemnitz

**Postanschrift:**

09107 Chemnitz  
Telefon: (0371) 531-4208  
Telefax: (0371) 531-4209  
E-Mail: [dekanat@wirtschaft.tu-chemnitz.de](mailto:dekanat@wirtschaft.tu-chemnitz.de)

**Internet:**

<http://www.tu-chemnitz.de/wirtschaft/>

ISSN 1618-1352 (Print)

ISSN 1618-1460 (Internet)

Prof. Dr. Fritz Helmedag  
Technische Universität Chemnitz  
Fakultät für Wirtschaftswissenschaften  
Lehrstuhl Volkswirtschaftslehre II (Mikroökonomie)  
D-09107 Chemnitz  
Fon: +49/(0)371/531-4185  
Fax: +49/(0)371/531-4352  
E-Post: Fritz.Helmedag@wirtschaft.tu-chemnitz.de

## **Fiskalpolitische Determinanten des Volkseinkommens, der Gewinne und der Beschäftigung**

### **Zusammenfassung**

In einer im Vergleich zu den vorherrschenden Darstellungen umfassenderen Untersuchung wird aufgedeckt, wie Abflüsse für Ersparnisse und Einfuhren aus dem verfügbaren Arbeitsentgelt sowie von dem staatlichen Schuldendienst die Profite mindern. Ferner hängt das nominale Sozialprodukt nicht von einer Mehrwertsteuer ab. Ihre Erhebung führt aber zu steigenden Preisen und daher zu einem verringerten Realkonsum der Bürger. Dieser Rückgang wird vom Staat absorbiert. Mit einer optimierten Einkommensbesteuerung lässt sich demgegenüber nicht nur die Beschäftigung fördern, sondern auch ihre Unabhängigkeit vom Lohnsatz erzielen.

### **Abstract**

A more elaborate framework as compared to the ones commonly used reveals how profits are dwindled by leakages to savings and imports out of disposable total wages as well as from the state's debt service. Moreover, a value-added tax does not affect nominal social product. Yet, this levy leads to increased prices. Thus, real personal consumption diminishes. The amount of this reduction is transferred to the public sector. In contrast, an optimized income taxation makes it possible to promote employment which, by the same token, becomes independent of the wage rate.

JEL-classification: E10, E60, H20, H60

Schlüsselworte: Besteuerung, Fiskalpolitik, Gewinne, Beschäftigung

Keywords: taxation, fiscal policy, profits, employment



## 1. Schlankheitswahn trotz Kreislaufschwäche

„Sparen, Sparen, Sparen!“ lautet die Devise allenthalben. Auch dem Staat wird seit Langem eine Abmagerungskur angeraten. Dabei vermisst man freilich den Hinweis, dass der dauerhafte Entzug wichtiger Zufuhren den gesamten Organismus gefährdet. Im Folgenden wird dargelegt, wie öffentliche Einnahmen und Ausgaben die Höhe des Sozialprodukts, seine Verteilung und das Arbeitsvolumen beeinflussen. Zudem lässt sich mit einer geeigneten Einkommensbesteuerung das Niveau der Wirtschaftstätigkeit gegenüber Lohnsatzveränderungen abschirmen. Der Tarifkonflikt wird damit wesentlich entschärft. Insgesamt gewinnen alle Beteiligten bei einer solchen Politik.

Häufig sind es wohl eher Wunschvorstellungen und weniger Ergebnisse unparteiischer Forschungen, die sich hinter den kontinuierlich unterbreiteten Abgabensenkungsvorschlägen sowie den beharrlichen Mahnungen zur Sanierung der Staatsfinanzen verbergen. Die Ratschläge laufen auf eine Verkürzung des Etats in Relation zum Sozialprodukt hinaus. Im Ergebnis erhoff(t)en sich die Protagonisten ganz im Sinne einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik die Belebung der Konjunktur und somit eine Milderung der Erwerbslosigkeit. Dementsprechend hat der deutsche Gesetzgeber einerseits die Steuerschraube gelockert und andererseits bemühen sich die Gebietskörperschaften seit Jahren um eine Konsolidierung ihrer Budgets. Denn eine ausufernde Staatsverschuldung, so heißt es, schnüre wegen der gewaltigen Zinslast den künftigen haushaltspolitischen Spielraum ein. Die Richtlinien überzeugen indes nur, wenn sie wirtschaftstheoretisch hinreichend begründet sind. Daran mangelt es des Öfteren in der einschlägigen Diskussion.

Regelmäßig wird etwa das Schreckgespenst der Finanzierung öffentlicher Ausgaben auf Pump an die Wand gemalt. Domar hat aber schon 1944 unter der Annahme einer positiven (nominalen) Wachstumsrate den gleichwohl nach wie vor populären Glauben widerlegt, die Schuldenlast des Staats werde bei konstanter Defizitquote eines Tages ins Unendliche hypertrophieren.<sup>1</sup> Allerdings setzt die Maastrichter Maximalgrenze des Schuldenstandes in Höhe von 60 % des Bruttoinlandsprodukts bei einer jährlichen Defizitquote von erlaubten 3 % ein *dauerhaftes* Wachstum von 5 % voraus – was eigent-

---

<sup>1</sup> Vgl. Domar, E. D., The ‚Burden of the Debt’ and National Income, in: The American Economic Review, Vol. XXXIV (1944), S. 798-827.

lich nur bei relativ hohen Preisniveausteigerungen realistisch erscheint.<sup>2</sup> Und selbst wenn die damit verbundene Verdopplung des Volkseinkommens alle 14 Jahre zu verwirklichen wäre, erhebt sich die Frage, ob eine (weltweite?) Akkumulation in solchem Tempo angesichts limitierter Ressourcen angestrebt werden sollte.<sup>3</sup>

Tatsächlich fristen sogar in der Fachdiskussion solche seit Längerem vorliegenden Einsichten ein Schattendasein. Stattdessen vertreten viele Wissenschaftler Positionen, welche die Kreislaufgesetze ignorieren, ja rundweg „nicht-keynesianische“ Wirkungen starker Haushaltskonsolidierungen postulieren. Diese Auffassung hat sich inzwischen bis in namhafte Institutionen verbreitet. Gemäß einer quasi amtlichen Verlautbarung könne eine „kontraktive Politik expansive Effekte auf die Wirtschaftsaktivität auslösen.“<sup>4</sup> Tragfähige Untermauerungen solcher Behauptungen, die sich auf mehr stützen als bloß beliebig eingeführte Erwartungshaltungen sowie hypothetische Substitutionseffekte, sucht man indes vergebens.

Vielmehr überzeugt es weit eher, von *Reziprozitätsnormen* im Verhältnis zwischen Bürgern und Staat auszugehen. Deren Verletzung dürfte andere Reaktionen hervorrufen, als die offiziös gewordene Lehre verkündet. Schilderungen darüber besitzen wir seit vielen Jahren, obwohl es wie eine Gegenwartsbeschreibung klingt:

„Eine Senkung des Defizits und damit der Staatsausgaben führt, *ceteris paribus*, zu Steuerausfällen, infolge von Steuerhinterziehungen aufgrund von Loyalitätseinbrüchen und Einkommensenkungen. Dadurch aber sinken die Staatsausgaben weiter, wodurch für weitere Gruppen die von ihnen erwarteten Standards an staatlichen Leistungen nicht mehr erfüllt werden und es zu weiteren Loyalitätseinbrüchen kommt [...] Ist die Ausgangslage durch Arbeitslosigkeit und geringe Investitionsbereitschaft gekennzeichnet [...] dann kann eine Senkung der Defizite [...] zu einer kumulativen Ausbreitung der Untergrundwirtschaft mit weitreichenden negativen Folgewirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität einer Volkswirtschaft führen

---

<sup>2</sup> Vgl. Helmedag, F., Ist das starre Festhalten an den Maastricht-Kriterien sinnvoll?, in: Wirtschaftsdienst, 84. Jg. (2004), S. 601-604.

<sup>3</sup> Vgl. Helmedag, F., Weber, U., Entwicklungslinien und Schwankungen des Sozialprodukts im Überblick, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt), 33. Jg. (2004), S. 80-87.

<sup>4</sup> Vgl. Europäische Zentralbank, Der Einfluss der Finanzpolitik auf die gesamtwirtschaftliche Stabilität und die Preise, in: Monatsbericht April 2004, S. 49-63, S. 53.

[...] Versuche der Konsolidierung des öffentlichen Haushalts in einer Depression können verheerende Konsequenzen haben.“<sup>5</sup>

Einsichten dieser Art gewinnt freilich nicht, wer sich lediglich einer mikro-ökonomischen Weltanschauung befleißigt. Individuelles Optimierungsverhalten, in welchen Stimmungslagen auch immer, kann die sich hinter dem Rücken des Einzelnen mit Notwendigkeit durchsetzenden Zusammenhänge nicht kappen. Erst eine adäquate Erfassung der gegenseitigen Verflechtungen von Ausgaben und Einnahmen enthüllt, wie die Staatsfinanzen ins Wirtschaftsgetriebe eingreifen. Die Fiskalpolitik besitzt durchaus Gestaltungsoptionen, man muss aber die geltenden Regeln kennen und den richtigen Gebrauch davon zu machen wissen.

Um die komplexen Systemeigenschaften hinreichend zu erfassen, ist die Durchleuchtung einer offenen, in Einkommensgruppen differenzierten Volkswirtschaft mit ökonomischer Aktivität des Staates nötig.<sup>6</sup> Die Untersuchung beginnt mit einer traditionellen Annahme der Kreislauftheorie, derzufolge die Vergütung der abhängigen Erwerbstätigen im Zeitablauf zwar variabel, für eine betrachtete (kurze) Periode jedoch parametrisch gegeben ist. Absatzplanungen bestimmen jeweils, wie viele Menschen eingestellt werden. Später endogenisieren wir den Arbeitseinsatz. Damit gelingt es, eine Beschäftigungsfunktion abzuleiten, welche über die Ansatzpunkte und Stellenschrauben zur Regulierung der ökonomischen Aktivität informiert.

## 2. Vom Konsum der Bürger zum staatlichen Budget

In unserer Modellwirtschaft speisen drei Quellen die Einkünfte der Privaten: Sie stammen entweder aus abhängiger Beschäftigung, aus Unternehmertätigkeit oder aus dem Schuldendienst des Fiskus für aufgenommene Kredite.<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup> Haslinger, F., Illoyalität und die Ausbreitung der Untergrundwirtschaft, Eine theoretische Analyse, in: de Gijsel, P. / Seifert-Vogt, H.-G. (Hrsg.), Schattenwirtschaft und alternative Ökonomie, Regensburg 1984, S. 118-133, S. 126.

<sup>6</sup> Eine vereinfachte Fassung bietet Helmedag, F., Die Abhängigkeit der Beschäftigung von Steuern, Budgetdefiziten und Löhnen, in: Wirtschaftsdienst, 86. Jg. (2006), S. 69-72.

<sup>7</sup> Ausländische Mittelzuflüsse werden im Folgenden ebenso wie Zahlungen der Bevölkerung untereinander (Zinsen, Mieten etc.) nicht abgebildet.

Wie noch dargelegt wird, ist es unerlässlich, ein einnahmetyphisches Konsumverhalten zu berücksichtigen.<sup>8</sup> Um Komplikationen aufgrund der Querverteilung auszuschalten, stellt das Verbrauchsmuster nicht auf gesellschaftliche Klassen ab, sondern auf die Herkunft der Bezüge. Die Ausgaben der Haushalte seien vom laufenden Einkommen abhängig. Diese „keynesianische“ Konsumfunktion war (Schlagwort: „permanent income“) und ist (Lösung: „rational expectations“) Objekt heftiger Attacken aus dem Lager der Monetaristen. Allerdings hat der angegriffene Ansatz dadurch keineswegs für alle Betrachter seine Erklärungskraft eingebüßt, im Gegenteil: „[...] Keynes's original consumption function starts to look more attractive.“<sup>9</sup> Wie immer man die einzelnen Einflussfaktoren gewichten mag, es ist nicht von der Hand zu weisen, dass in den verschiedenen Ländern und Regionen zumindest in der kürzeren Frist ein recht stabiler Anteil der jeweils verfügbaren Bezüge ausgegeben wird. Der Rest dient dem Geldvermögensaufbau.

Die durchschnittlichen Sparneigungen aus Löhnen ( $s_W$ ), Gewinnen ( $s_P$ ) bzw. Schuldendienst des Staates ( $s_C$ ) können 100 % nicht übertreffen:

$$0 \leq s_W \leq 1, \quad 0 \leq s_P \leq 1, \quad 0 \leq s_C \leq 1 \quad (1)$$

Von den in der Wirklichkeit mehr oder weniger konstanten Konsumquoten  $c_W := 1 - s_W$ ,  $c_P := 1 - s_P$  sowie  $c_C := 1 - s_C$  fällt jeweils ein bestimmter Teil auf Importgüter, die auch Vorprodukte umfassen:<sup>10</sup>

$$m_W \leq c_W, \quad m_P \leq c_P, \quad m_C \leq c_C \quad (2)$$

Die Bruttoprofite ( $P_g$ ) rechnen sich aus der Differenz zwischen der auf den Märkten realisierten Wertschöpfung ( $Y$ ) und der „pari passu mit der Produktion unmittelbar gegeben[en]“ Lohnsumme<sup>11</sup> ( $W$ ):

---

<sup>8</sup> Vgl. Helmedag, F., Wechselwirkungen zwischen Verteilung, Verbrauchsverhalten und Volkseinkommen, in: Hein, E. / Heise, A. / Truger, A. (Hrsg.), Löhne, Beschäftigung, Verteilung und Wachstum, Marburg 2005, S. 41-58.

<sup>9</sup> Mankiw, N. G., Macroeconomics, 5. Aufl., New York 2003, S. 456.

<sup>10</sup> Wechselkurse werden nicht berücksichtigt. Praktisch kann man annehmen, die Betrachtung sei auf den Euroraum beschränkt.

<sup>11</sup> Vgl. Lautenbach, W., Zins / Kredit und Produktion, hrsg. v. Stützel, W., Tübingen 1952, S. 26. Das von den unternehmerischen Dispositionen abhängige Arbeitsentgelt ist damit ein Indikator des erzeugten Ausstoßes.

$$P_g = Y - W \quad (3)$$

Um zu den Nettoeinkommen zu gelangen, werden spezifische effektive Durchschnittssteuersätze<sup>12</sup>  $0 \leq t_W < 1$ ,  $0 \leq t_P < 1$  sowie  $0 \leq t_C < 1$  veranschlagt. Die der Zinssteuer unterworfenen Zahlungen der öffentlichen Hand für aufgelaufene Defizite ergeben sich als Produkt eines gemittelten Zinssatzes ( $i$ ) und der akkumulierten Schulden ( $D$ ). Ferner werde das Sozialprodukt inklusive Ausfuhren mit einer prozentualen Mehrwertsteuer  $t_Y$  belastet.<sup>13</sup> Der Wert des gesamten absorbierten Angebots ( $Y_S$ ) beläuft sich mithin auf:

$$Y_S = Y(1 + t_Y) + m_W(1 - t_W)W + m_P(1 - t_P)P_g + m_C(1 - t_C)iD \quad (4)$$

Die öffentlichen Ausgaben lassen sich in drei Kategorien gliedern. Zunächst sei der Saldo der Zu- und Abflüsse an das Ausland – etwa für Rüstungsgüter, Entwicklungshilfe oder internationale Organisationen – mit dem Symbol  $F$  gebündelt. Zudem verbergen sich hinter dem Buchstaben  $G$  die Aufwendungen für heimische Güter und Dienste. Diese sollen die Sozialtransfers einschließen, die sozusagen als Sachleistungen interpretiert werden. Das erscheint zulässig, weil die Sparquoten dieser Empfängerhaushalte vernachlässigbar klein sind.<sup>14</sup> Schließlich ist die aufgelaufene (Binnen-)Staatsschuld mit dem Betrag  $iD$  zu bedienen.

Zur Deckung der Ausgaben kommen prinzipiell eine Kreditaufnahme  $\Delta D$  sowie fünf Besteuerungsalternativen in Betracht.<sup>15</sup> Neben die drei direkten Abgaben tritt zunächst eine Importsteuer. Um den Ertrag richtig zu erfassen, ist eine Vorüberlegung hilfreich. Hierzu richtet sich der Blick auf die aus Löhnen finanzierten Einfuhren ( $M_{Wg}$ ). Von diesem Bruttobetrag sind Einfuhrsteuern zu entrichten, die als Vomhundertsatz ( $t_M$ ) des Nettoimport-

---

<sup>12</sup> Hier wird von Widerstandswirkungen abgesehen, die einsetzen, wenn die Zensiten die Abgaben als zu hoch empfinden.

<sup>13</sup> In Deutschland sind die Exporte, die Unternehmensinvestitionen und andere Transaktionen von der Abgabe freigestellt. Etliche Umsätze unterliegen einem reduzierten Steuersatz. Diese Ausnahmen von der Regel werden noch kommentiert.

<sup>14</sup> Vgl. Noll, H.-H., Weik, St., Relative Armut und Konzentration der Einkommen deutlich gestiegen, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren, Ausgabe 33, Januar 2005, S. 1-6, S. 5.

<sup>15</sup> Bekanntlich greift der Fiskus bei einer ganzen Reihe weiterer Gelegenheiten zu, die für die vorliegende Themenstellung jedoch nachrangig sind.

werts ( $M_{Wn}$ ) anfallen:  $M_{Wg} = M_{Wn}(1 + t_M) = m_W(1 - t_W)W$ . Dies spült einen Betrag von  $t_M M_{Wn} = \frac{t_M}{1 + t_M} m_W(1 - t_W)W$  in öffentliche Kassen. Analog verfährt man mit den Einfuhren für die anderen Gruppen.

Schließlich ist noch die Mehrwertsteuer ( $t_Y$ ) zu berücksichtigen, die hier als Belastung der Wertschöpfung modelliert wird. Formal fällt sie ebenfalls auf den Beitrag des Staates zur Wirtschaftsleistung an. Die Abgabe wandert freilich aus seiner rechten Tasche in die linke. Die Budgetrestriktion des Fiskus lautet demnach:

$$F + G + iD = t_Y Y + \frac{t_M}{1 + t_M} (m_W(1 - t_W)W + m_P(1 - t_P)P_g + m_C(1 - t_C)iD) + t_W W + t_P P_g + t_C iD + \Delta D \quad (5)$$

Es fehlt nun noch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ( $Y_D$ ), um die Höhe des Sozialprodukts zu ermitteln.

### 3. Bildung und Verteilung des Volkseinkommens

Außer der politisch festgelegten Neuverschuldung  $\Delta D$  sind weitere Größen Resultat autonomer Entscheidungen, d. h., sie sind unabhängig vom Niveau der heimischen Wirtschaftstätigkeit. Mit  $I$  werden die exogenen Ausgaben der Unternehmen für Investitionsgüter aus nationaler Fertigung kenntlich gemacht, welche der Rationalisierung oder Erweiterung der Produktionsprozesse dienen. Das Symbol  $X$  gibt wie üblich den gesamten Ausfuhrwert wieder. Ergänzt werden diese Aggregate durch die Ausgaben des Staates für Binnenkäufe  $G$  sowie den privaten Verbrauch:

$$Y_D = I + X + G + c_W(1 - t_W)W + c_P(1 - t_P)P_g + c_C(1 - t_C)iD \quad (6)$$

In der Kreditgeldwirtschaft der Moderne determiniert die effektive Nachfrage das Volumen des absorbierten Angebots und damit die realisierte Wertschöpfung:  $Y_D = Y_S$ . Im Gleichgewicht halten sich kontraktive und expansive Kräfte die Waage, Nettoimporte und Ersparnisse stimmen mit den diskretionären Ausgaben überein. Unter Verwendung der Bruttoprofitdefinition (3) mündet dies in:

$$\begin{aligned}
(1-t_W)\left(s_W + \frac{m_W}{1+t_M}\right)W + (1-t_P)\left(s_P + \frac{m_P}{1+t_M}\right)(Y-W) + \\
+ (1-t_C)\left(s_C + \frac{m_C}{1+t_M}\right)iD = I + X + \Delta D - F
\end{aligned} \tag{7}$$

Es bietet sich an, die autonomen Komponenten der Nachfrage unter einem Dach (A)<sup>16</sup> zu vereinigen:

$$A := I + X + \Delta D - F \tag{8}$$

Diese Aggregate stehen nicht in funktionaler Abhängigkeit vom aktuellen Sozialprodukt. Dessen Bestimmungsgleichung lautet:

$$Y = W + \frac{A - (1-t_W)\left(s_W + \frac{m_W}{1+t_M}\right)W - (1-t_C)\left(s_C + \frac{m_C}{1+t_M}\right)iD}{(1-t_P)\left(s_P + \frac{m_P}{1+t_M}\right)} \tag{9}$$

Bemerkenswerterweise hat die Mehrwertsteuer vom Wertschöpfungstyp *keinen* Einfluss auf den Umfang der ökonomischen Aktivität. An diesem Prinzip ändert sich durch die geringere oder gar fehlende Belastung einiger Umsätze nichts. Insoweit die Abgabe aber Endverkaufspreise erhöht, kann das nur auf Kosten der abgesetzten Menge geschehen: Den Bürgern wird Kaufkraft entzogen, die in gleichem Volumen in Staatsnachfrage verwandelt wird. Die bewirkte Verteuerung von Gütern inländischer Herkunft ist somit kritisch zu sehen, da sie die Kaufkraft des Geldes schwächt, ohne den Gesamtausstoß zu steigern. Die Verbrauchsabgabe verdrängt privaten Konsum durch öffentlichen, zur Finanzierung zusätzlicher Leistungen ist sie ungeeignet. Von einem „erstbesten Steuersystem“<sup>17</sup> kann vor diesem Hintergrund kaum gesprochen werden.

Ferner bildet die mit dem Produktionsvolumen verbundene Lohnsumme sozusagen die Basis des Volkseinkommens, welche um einen mehr oder weniger hohen Betrag korrigiert wird. Die übliche Lehrbuchdarstellung operiert mit einer uniformen gesellschaftlichen Sparquote und blendet damit die Be-

---

<sup>16</sup> Hierunter könnte ein einkommensunabhängiger Verbrauch ebenfalls Platz finden.

<sup>17</sup> Vgl. Homburg, St., Allgemeine Steuerlehre, 2. Aufl., München 2000, S. 171.

deutung des Arbeitsentgelts auf die nominale Wertschöpfung aus.<sup>18</sup> Mit der Sozialproduktformel (9) erhält man für den Gesamtgewinn vor Steuern (3):

$$P_g = Y - W = \frac{A - (1 - t_W) \left( s_W + \frac{m_W}{1 + t_M} \right) W - (1 - t_C) \left( s_C + \frac{m_C}{1 + t_M} \right) iD}{(1 - t_P) \left( s_P + \frac{m_P}{1 + t_M} \right)} \quad (10)$$

Grundsätzlich *mindern* die Zinszahlungen des Staates  $iD$  das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit. Steigende Kreditkosten, etwa infolge einer restriktiven Geldpolitik, ziehen damit die Profite in Mitleidenschaft.<sup>19</sup> Aus Sicht der Arbeitgeber erscheint es außerdem geboten, nicht nur die direkten Steuern auf Löhne, sondern auch auf Zinsen möglichst *hoch* festzusetzen, weil dies die Abflüsse für Ersparnisse und Einfuhren eindämmt. Offenkundig ist sich das Unternehmerlager über die dargelegten Zusammenhänge keineswegs im Klaren, sonst würden gegenteilige Forderungen nicht derart nachdrücklich vorgebracht werden. Aber das „gespaltene Bewusstsein“ dürfte mit an der oft anzutreffenden Personalunion von Arbeitgebern und Anlegern liegen.

Allerdings können defizitfinanzierte Ausgaben der öffentlichen Hand eine Multiplikatorwirkung entfalten und so die Wirtschaftsaktivität anregen. Die Ableitung der Sozialproduktformel (9) nach der autonomen Nachfrage bei gegebenem Schuldendienst bringt:

$$\frac{dY}{dA} = \frac{dW}{dA} + \frac{1 - (1 - t_W) \left( s_W + \frac{m_W}{1 + t_M} \right) \frac{dW}{dA}}{(1 - t_P) \left( s_P + \frac{m_P}{1 + t_M} \right)} = \frac{dW}{dA} + \frac{dP_g}{dA} \quad (11)$$

---

<sup>18</sup> Auch Keynes vereinfacht zu sehr, indem er von einer „community’s propensity to consume“ spricht. Vgl. Keynes, J. M., *The General Theory of Employment, Interest and Money* (1936), London / Basingstoke 1978, S. 11.

<sup>19</sup> Ohnehin sollte die Zentralbank dafür sorgen, dass das Zinsniveau unter der nominalen Wachstumsrate liegt, um eine zu starke Geldvermögensakkumulation und -konzentration zu verhindern. Dies öffnet zugleich einem Budgetüberschuss die Tür. Vgl. Roloff, O., *Mehr als dreißig Jahre Fiskalpolitik in Deutschland, Die unerfüllten Versprechen der Dogmatiker*, in: *Konjunkturpolitik*, 48. Jg. (2002), S. 147-168.

Es ist von vornherein offen, ob und in welcher Richtung das Entgelt der Unselbstständigen reagiert. Zum Beispiel dürfte die Erhöhung der Exporte oder der öffentlichen Ausgaben die Arbeitseinkommen steigern, während Rationalisierungsinvestitionen – zumindest längerfristig – das Gegenteil bewirken. Unter Umständen geht dann das Salär der abhängig Beschäftigten stärker zurück als die Gewinne anschwellen. Als Resultat von Prozessinnovationen ist es denkbar, dass das Volkseinkommen *sinkt*.

Falls die kontraktbestimmten Bezüge (ausnahmsweise) gleich bleiben, ist der Multiplikatoreffekt sicher größer als eins. Jedoch wird die Sozialproduktzunahme völlig vom Bruttoprofit absorbiert, da in dieser Situation der Ausdruck (11) und die Ableitung der Gleichung (10) nach  $A$  übereinstimmen. Verringern sich etwa die staatlichen Zahlungen ans Ausland  $F$ , so schlägt sich dies zunächst lediglich in den Gewinnen (und den Preisen) nieder. Der Erfolg einer auf die Stimulierung der ökonomischen Aktivität ausgerichteten Wirtschaftspolitik misst sich indes daran, inwieweit der Ausstoß und das Arbeitsvolumen zunehmen.

#### 4. Nettogewinne, Kreditbedarf und Beschäftigung

Jetzt blicken wir auf den versteuerten Profit ( $P_n$ ). Gleichung (10) liefert:

$$P_n = (1 - t_P)P_g = \frac{A - (1 - t_W) \left( s_W + \frac{m_W}{1 + t_M} \right) W - (1 - t_C) \left( s_C + \frac{m_C}{1 + t_M} \right) iD}{s_P + \frac{m_P}{1 + t_M}} \quad (12)$$

Für ein positives Einkommen aus Unternehmertätigkeit *muss* die autonome Nachfrage  $A$  die Ersparnisse und die Importe aus dem verfügbaren Arbeitsentgelt sowie des staatlichen Schuldendienstes überkompensieren. Die Gewinne wachsen mit sinkenden Lohn- und Zinseinkünften bzw. deren höherer Besteuerung. Dasselbe Resultat ziehen größere autonome Ausgaben nach sich. Um deutlicher zu erkennen, wie die Nachfrage der Selbstständigen ihre eigenen Einnahmen beeinflusst, lohnt sich eine Umformung des versteuerten Profits. Dazu symbolisieren wir im ersten Schritt den Konsum aus diesem Einkommen ( $C_P$ ):

$$C_P := c_P P_n \quad (13)$$

Ferner versehen wir den gesamten Nettoimport mit einer Bezeichnung ( $M_n$ ):

$$M_n := \frac{m_P}{1+t_M} P_n + (1-t_W) \left( \frac{m_W}{1+t_M} \right) W + (1-t_C) \left( \frac{m_C}{1+t_M} \right) iD \quad (14)$$

Die Substitution der Definitionen (8), (13) und (14) in den verfügbaren Gewinn (12) ergibt:

$$P_n = C_P + I + \Delta D + (X - M_n - F) - (1-t_W)s_W W - (1-t_C)s_C iD \quad (15)$$

Sobald die Arbeiter und die Zinsbezieher aus ihren versteuerten Einkommen sparen, muss die Summe aus der staatlichen Neuverschuldung  $\Delta D$ , dem Außenbeitrag  $(X - M_n - F)$  sowie den Ausgaben der Profitempfänger für den Konsum  $C_P$  und die Investitionen  $I$  hinreichend groß sein, damit die Unternehmung überhaupt schwarze Zahlen schreibt. Erneut zeigt sich, dass deren Käufe in gleichem Umfang die eigenen Nettoeinkünfte steigern, ebenso wie ein Exportüberschuss oder ein Budgetdefizit. Außerdem beeinflussen diese Beträge den Kreditbedarf der Selbstständigen, welcher aus der Differenz zwischen dem Abbau der Kassenbestände und Sichteinlagen bzw. einem Anstieg der Verbindlichkeiten (Investitionen) und der Forderungszunahme (Sparen) resultiert. Der Saldo der Geldvermögensänderung lautet:

$$I - s_P P_n = I - P_n + C_P = (1-t_W)s_W W + (1-t_C)s_C iD - \Delta D - (X - M_n - F) \quad (16)$$

Eine Erhöhung der Schulden des Staates (oder des Auslandes) erleichtert in gleicher Manier wie ein freundlicheres Konsumklima der anderen Privaten die Finanzierung im Unternehmenssektor.<sup>20</sup> Sollten eines Tages gar Haushaltsüberschüsse erzielt werden, entspräche dies bei gegebenem Arbeitsentgelt in gleichem Umfang einer Einkommenseinbuße sowie einem gesteigerten Kreditbedarf der Selbstständigen, ohne dass erkennbar ist, woher eine Kompensation rühren sollte.

---

<sup>20</sup> Allerdings spielt das Investitionsvolumen selbst nur solange keine Rolle, wie die Lohnsumme konstant bleibt. Bei variabler Beschäftigung ist dem nicht mehr so.

Da in Gleichung (12)  $t_P$  rechts nicht mehr auftaucht, werden die Gewinnsteuern anscheinend stets überwältigt.<sup>21</sup> Freilich ist entscheidend, ob der Zugriff des Fiskus eine Rückwirkung auf das Entgelt für abhängige Tätigkeit auslöst. Dementsprechend variiert der Zähler der Nettoprofitfunktion (12). Doch die Wertschöpfung lässt sich nicht nur gemäß Gleichung (9) additiv als die jeweilige Gesamtbezahlung plus Aufstockung interpretieren, sondern ebenfalls als Vielfaches einer (im Zeitablauf variablen) Lohnsumme deuten. Diese wiederum besteht aus dem Produkt der durchschnittlichen Vergütung pro Stunde ( $w$ ) und der während des Betrachtungszeitraums realisierten Beschäftigung ( $L$ ). Arbeit wird dauerhaft nur eingesetzt, wenn sie einen Überschuss bringt:

$$Y = W(1 + r) = wL(1 + r) \quad (17)$$

Der Verwertungsfaktor  $(1 + r)$  ergibt sich als Quotient des Volkseinkommens durch das Gehalt der Unselbstständigen. Bezeichnet man den nominalen Nettoertrag einer Arbeitsstunde mit  $y$ , lässt sich nach Division durch das Gesamtvolumen  $L$  aus dem Term (17) die Beziehung zwischen dem Lohnsatz  $w$  und der Profitrate  $r$  berechnen<sup>22</sup>:

$$r = \frac{y - w}{w} \quad (18)$$

Ein positives  $r$  bedeutet, dass die Beschäftigten die Früchte ihres Tuns nicht mehr zurückkaufen können: Die Güterpreise übersteigen die kumulierten Personalkosten der einzelnen Erzeugungsstufen. Deshalb existiert Profit, der die Zahlungen für die Überlassung natürlicher Ressourcen umfasst.

Um künftig die Schreibweise etwas zu vereinfachen, benutzen wir folgende Definition für die annahmegemäß positive Differenz zwischen den diskretionären Ausgaben und den Abflüssen aus dem verfügbaren Schuldendienst:

$$\tilde{A} := A - (1 - t_C) \left( s_C + \frac{m_C}{1 + t_M} \right) iD > 0 \quad (19)$$

<sup>21</sup> Dies erinnert an die viel diskutierte Aussage von Föhl, C., Zur Kritik der progressiven Einkommensbesteuerung, in: Finanzarchiv, N. F., Bd. 14 (1953/54), S. 88-109.

<sup>22</sup> Dieser Zusammenhang spielt in der Geschichte der ökonomischen Theorie eine große Rolle. Vgl. im Einzelnen Helmedag, F., Warenproduktion mittels Arbeit, Zur Rehabilitation des Wertgesetzes, 2. Aufl., Marburg 1994.

Die Berücksichtigung von (17), (18) und (19) in der Sozialproduktgleichung (9) liefert die Funktion des Arbeitsvolumens:

$$L = \frac{\tilde{A}}{(y-w)(1-t_P) \left( s_P + \frac{m_P}{1+t_M} \right) + w(1-t_W) \left( s_W + \frac{m_W}{1+t_M} \right)} \quad (20)$$

Die Zahl der geleisteten Stunden wächst mit der (modifizierten) autonomen Nachfrage sowie mit den direkten Abgaben und der Belastung der Einfuhren.<sup>23</sup> Offenkundig hängt es von den Einkommensteuertarifen und dem Lohnsatz ab, wie hoch die abhängige Erwerbstätigkeit und das Sozialprodukt ausfallen. Vor diesem Hintergrund erhebt sich die Frage, ob eine geschickt konzipierte Fiskalpolitik das Gewirr der Zusammenhänge lichten kann.

## 5. Gewusst wie: Steuern mit Steuern

Erfahrungsgemäß genügen Marktkräfte allein nicht, um stets die Auslastung der Kapazitäten zu gewährleisten: In Krisenzeiten ist das Management der makroökonomischen Aggregate angezeigt.<sup>24</sup> In der traditionellen Finanzwissenschaft steht dabei *deficit spending* im Zentrum. Hier rückt demgegenüber die Gestaltung der direkten Besteuerung ins Blickfeld. Die öffentliche Diskussion vernachlässigt ihren saldenmechanischen Einfluss auf die Beschäftigungssituation.

Um den Handlungsspielraum des Fiskus auszuloten, ist es zweckdienlich, von einer lohnsatzneutralen Einkommensbelastung auszugehen. Die dahinterstehende Idee verlangt, dass die Beschäftigung unabhängig von der Verteilung des Nettoertrages sein soll. Dies bedeutet, im Nenner der rechten Seite des Ausdrucks (20)  $(y-w)$  bzw.  $w$  mit den gleichen Gewichten zu versehen. Im Ergebnis wird eine Linearkombination erzeugt, die für jede beliebige Dis-

---

<sup>23</sup> Darin mag man einen Beleg für die Zweckmäßigkeit von *Schutzzöllen* erblicken. Die Medizin ist selbstverständlich mit Bedacht zu verabreichen, sonst drohen Handelskriege.

<sup>24</sup> Vgl. Arestis, P. / Sawyer, M., On Fiscal Policy and Budget Deficits, in: *Intervention*, Jg. 1 (2004), H. 2, S. 61-74.

tribution den gleichen Wert ergibt. Die Auflösung nach dem in dieser Hinsicht optimalen Gewinnsteuersatz ( $t_P^*$ ) bringt:

$$t_P^* = 1 - \frac{\left( s_W + \frac{m_W}{1+t_M} \right)}{\left( s_P + \frac{m_P}{1+t_M} \right)} (1-t_W) < 1 \quad \text{mit} \quad 0 < \frac{\left( s_W + \frac{m_W}{1+t_M} \right)}{\left( s_P + \frac{m_P}{1+t_M} \right)} (1-t_W) < 1 \quad (21)$$

Setzt man die Funktion (21) in die Gleichung (20) ein, resultiert eine wesentlich kompaktere Beschäftigungsformel:

$$L^* = \frac{\tilde{A}}{y \left( s_W + \frac{m_W}{1+t_M} \right) (1-t_W)} \quad (22)$$

Die zu verrichtende Arbeitszeit wächst mit den diskretionären Ausgaben und dem Lohnsteuersatz. Sie verringert sich durch einen aufgrund von technischem Fortschritt oder Preissteigerungen größeren Nettoertrag pro Stunde  $y$ . Der Umfang der Erwerbstätigkeit wird konzeptionsgemäß bei „koordinierter“ Gewinnbesteuerung  $t_P^*$  weder von der Bezahlung der Abhängigen noch von den unternehmerischen Verbrauchsgewohnheiten tangiert.

Die vorgestellte Besteuerung wartet mit einer weiteren Besonderheit auf: Die disponiblen Einkommen bleiben unberührt. Das gesamte Arbeitsentgelt nach Steuern beträgt immer:

$$W_n^* = wL^*(1-t_W) = \frac{w}{y} \frac{\tilde{A}}{s_W + \frac{m_W}{1+t_M}} \quad (23)$$

Da jedoch die verfügbare Stundenvergütung bei positiven Lohnsteuern abnimmt, büßen die Arbeiter am Stück ein, was sie an der Menge gewinnen. Im Gegenzug können sie allerdings Leistungen des Staates genießen. Das Sozialprodukt steigt wie gehabt mit dem Zugriff des Fiskus auf die Einfuhren sowie der Belastung des Arbeitsentgelts. Die Ausgaben der Profitempfänger sind für die Höhe der Wertschöpfung nunmehr belanglos:

$$Y^* = wL^*(1+r) = \frac{\tilde{A}}{\left(s_W + \frac{m_W}{1+t_M}\right)(1-t_W)} \quad (24)$$

Es ist eine gesellschaftspolitische Entscheidung, wie stark die verfügbaren Löhne zugunsten der Bereitstellung öffentlicher Güter geschmälert werden sollen. Die eingangs angesprochenen Reziprozitätsgesichtspunkte spielen dabei eine wichtige Rolle. Den je nach dem anzusetzenden Gewinnsteuersatz liefert Gleichung (21). Trotzdem bleibt den Unternehmern stets:

$$P_n^* = (y-w)L^*(1-t_P^*) = \left(1 - \frac{w}{y}\right) \frac{\tilde{A}}{s_P + \frac{m_P}{1+t_M}} \quad (25)$$

Die disponiblen Bezüge werden von den aufeinander abgestimmten direkten Steuersätzen nicht berührt. Jede Gruppe entscheidet ausschließlich durch ihr *eigenes* Spar- und Importverhalten, wie viel in ihre Taschen gespült wird. Abgesehen vom Importsteuersatz lässt die vorgeschlagene Abgabengestaltung die funktionale Distribution völlig in privaten Händen:

$$\frac{W_n^*}{P_n^*} = \frac{s_P + \frac{m_P}{1+t_M}}{r \left(s_W + \frac{m_W}{1+t_M}\right)} \quad (26)$$

Für ein gegebenes Konsumklima bestimmt offenbar allein die Profitrate über das Verhältnis der verfügbaren Einkommen. Der hier unterbreitete Vorschlag überträgt den Tarifparteien die Verantwortung, eine Einigung über die Distribution des Nettosozialprodukts zu erzielen: Sofern die geeignete direkte Besteuerung praktiziert wird, kann die Arbeitsmarktsituation beim Lohnpoker außen vor bleiben. Die Beschäftigungsproblematik ist damit von der Suche nach einem akzeptablen Kompromiss für die Verteilung der fiskalpolitisch optimierten Wertschöpfung abgekoppelt.

In der Auseinandersetzung über die angemessene Entgelthöhe mag ein bereits vorliegendes Konzept „gerechter“ Löhne hilfreich sein. Seine Anwendung stabilisiert die durchschnittliche Profitrate auf einem Niveau von

61,8 %.<sup>25</sup> Eine solche Vereinbarung ist allerdings nicht unbedingt erforderlich, um eine zweckdienliche Wirtschaftspolitik zu machen. Doch allzu simple Rezepte führen ins Abseits.

Dementsprechend ist etwa der beschrittene Umschwung von der direkten zur indirekten Besteuerung skeptisch zu beurteilen, denn die Mehrwertsteuer übt keinen Einfluss auf das Niveau des Volkseinkommens aus. Sie erhöht bloß den öffentlichen Anteil zulasten des privaten Sektors, ohne für sich genommen das Arbeitsvolumen auszudehnen. Die einfachere Eintreibung und die vermeintlich geringere Fühlbarkeit dieser Abgabe sollte kein ausschlaggebendes Argument sein, ihre reine Umverteilungswirkung zu unterschlagen. Vor dem Hintergrund erscheint es schon seltsam, dass in der Europäischen Union die Höhe des Regelsatzes der Umsatzsteuer wenigstens 15 % beträgt, während eine Mindestbelastung der Körperschaften fehlt.

Wie gesehen, vermag der Staat durchaus im Zuge einer synchronisierten und wohl dosierten Einkommensbesteuerung für größeren Wohlstand zu sorgen. Um so eher ist die Kritik an der gängigen Praxis berechtigt, angebliche Wirkungen von Steuersatzänderungen zu verbreiten, die schon den elementaren Sätzen der volkswirtschaftlichen Kreislauftheorie diametral zuwiderlaufen. Ob es gefällt oder nicht: Makroökonomische Analysen müssen die saldenmechanischen Gesetze beachten, wenn sie mehr als willkürliches Denken bieten möchten. Dann freilich winken Erkenntnisse, die jede Mühe lohnen.

---

<sup>25</sup> Vgl. Helmedag, F., Faire Löhne: Normen und Fakten, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 4. Bd. (2003), S. 17-28. Der Ansatz ist zur Ermittlung angemessener Unterstützungen bei fehlendem Erwerbseinkommen weiterentwickelt worden. Vgl. Helmedag, F., Gerechte Löhne und Arbeitslosengelder, in: Wirtschaftsdienst, 85. Jg. (2005), S. 402-404.

## Literaturverzeichnis

- Arestis, P. / Sawyer, M., On Fiscal Policy and Budget Deficits, in: *Intervention*, Jg. 1 (2004), H. 2, S. 61-74.
- Domar, E. D., The ‚Burden of the Debt‘ and National Income, in: *The American Economic Review*, Vol. XXXIV (1944), S. 798-827.
- Europäische Zentralbank, Der Einfluss der Finanzpolitik auf die gesamtwirtschaftliche Stabilität und die Preise, in: *Monatsbericht April 2004*, S. 49-63.
- Föhl, C., Zur Kritik der progressiven Einkommensbesteuerung, in: *Finanzarchiv*, N. F., Bd. 14 (1953/54), S. 88-109.
- Haslinger, F., Illoyalität und die Ausbreitung der Untergrundwirtschaft, Eine theoretische Analyse, in: de Gijsel, P. / Seifert-Vogt, H.-G. (Hrsg.), *Schattenwirtschaft und alternative Ökonomie*, Regensburg 1984, S. 118-133.
- Helmedag, F., Warenproduktion mittels Arbeit, Zur Rehabilitation des Wertgesetzes, 2. Aufl., Marburg 1994.
- Helmedag, F., Faire Löhne: Normen und Fakten, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, Bd. 4 (2003); S. 17-28.
- Helmedag, F., Ist das starre Festhalten an den Maastricht-Kriterien sinnvoll?, in: *Wirtschaftsdienst*, 84. Jg. (2004), S. 601-604.
- Helmedag, F., Gerechte Löhne und Arbeitslosengelder, in: *Wirtschaftsdienst*, 85. Jg. (2005), S. 402-405.
- Helmedag, F., Wechselwirkungen zwischen Verteilung, Verbrauchsverhalten und Volkseinkommen, in: Hein, E. / Heise, A. / Truger, A. (Hrsg.), *Löhne, Beschäftigung, Verteilung und Wachstum*, Marburg 2005, S. 41-58.
- Helmedag, F., Die Abhängigkeit der Beschäftigung von Steuern, Budgetdefiziten und Löhnen, in: *Wirtschaftsdienst*, 86. Jg. (2006), S. 69-72.
- Helmedag, F., Weber, U., Entwicklungslinien und Schwankungen des Sozialprodukts im Überblick, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt)*, 33. Jg. (2004), S. 80-87.
- Homburg, St., *Allgemeine Steuerlehre*, 2. Aufl., München 2000.
- Keynes, J. M., *The General Theory of Employment, Interest and Money* (1936), London / Basingstoke 1978.
- Lautenbach, W., *Zins / Kredit und Produktion*, hrsg. v. Stützel, W., Tübingen 1952.
- Mankiw, N. G., *Macroeconomics*, 5. Aufl., New York 2003.
- Noll, H.-H., Weik, St., Relative Armut und Konzentration der Einkommen deutlich gestiegen, in: *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, Ausgabe 33, Januar 2005, S. 1-6, S. 5.
- Roloff, O., Mehr als dreißig Jahre Fiskalpolitik in Deutschland, Die unerfüllten Versprechen der Dogmatiker, in: *Konjunkturpolitik*, 48. Jg. (2002), S. 147-168.